Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 230 | Dresden, Sonnabend den 1. Oktober 1921 | 32. Jahrg.

Wirths Anklagerede

Im Reichstag begann gestern die Aussprache über die innere Politik. Ueberraschungen waren dabei nicht zu verzeichnen, wenn man es nicht als eine Ueberraschung ansehen will, daß der deutschmonarchistische Redner Hergt seine Partei plötzlich als eine „Partei der Versöhnung" hinstellen wollte. Dieselben Deutschnationalen, die vor Monatsfrist erst auf ihrem Parteitag in München der Republik und der Demokratie den schärfsten Kampf ansagten — sie sind plötzlich für die Versöhnung! Man fragt sich unwillkürlich: Welches durchschlagende Material über die Mordintrigen der Reaktion muß der Kanzler in der Hand haben, daß Herr Hergt so plötzlich das Lammfell herauskehrt!

Reichskanzler Wirth blieb denn auch dem Deutschmonarchisten die Antwort nicht schuldig. Im ganzen war seine Rede getragen von dem Bemühen, eine Brücke der Versöhnung zu Bayern zu schlagen, nachdem der neue bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld durch Aufhebung des Ausnahmezustandes den Weg zur Verständigung freigemacht hat. Dem rechtsgerichteten Teil der bürgerlichen Presse gefällt Wirths Rede selbstverständlich nicht, denn sie ließ die nötige scharfe Note gegen die Rechtsbolschewisten glücklicherweise nicht vermissen, und so wird denn die Hetze gegen den energischen Reichskanzler auch mit dieser in ihrer Pointierung eigentlich selbstverständlichen Rede lustig weitergeschürt.

Es ist dabei possierlich anzusehen, in welcher Form Blätter vom Schlage des Dresdner Anzeigers sich an dem Treiben beteiligen. Dieses Blatt des Dresdner Rates läßt sich in einem Stimmungsbild aus Berlin berichten, daß Wirths Rede „auch in den breitesten Kreisen der bürgerlichen Abgeordneten bis in das Zentrum hinein keineswegs einen günstigen Eindruck hervorgerufen" habe. Warum? Nur deshalb, weil Dr. Wirth ausführlich auf das Schuldkonto der Deutschnationalen eingegangen sei. Möglich, daß das dem deutschnational angesteckten Berliner Berichterstatter des Dresdner Anzeigers nicht gefällt. Das Echo der Presse dagegen wird beweisen, daß nicht nur alles, was auf dem Boden der Republik und der Demokratie steht, sondern was sich gegen die von den Deutschnationalen begünstigte Mordseuche wendet, von Wirth ein entschiedenes Durchhalten des Kampfes gegen rechts fordern muß. Und im Dresdner Anzeiger wird man gelegentlich wiederum lesen können, daß dieser Kampf des Reichskanzlers berechtigt sei. So läßt man auf der Redaktion in der Breite Straße die beiden einander widersprechenden Seelen in schöner Toleranz zu Wort kommen. Mit dem Erfolg, daß sich der Leser hin und wieder am Kopf kratzt und sich fragt, ob er tags zuvor nicht im selben Blatt die gegenteilige Meinung gelesen hat.

Es braucht nicht betont zu werden, daß der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Scheidemann, unser Vertrauen zum Reichskanzler in entschiedener Weise ausdrückte und unser Programm der Republikanisierung und Demokratisierung des Staates entwickelte. Diese Mindestforderungen unserer Koalitionspolitik sind auch in unserer Reichstagsfraktion besprochen worden; sie hat am Freitag abend folgenden Beschluß gefaßt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt zur Frage der Umbildung der Regierung:

1. Zu einem Gesamtrücktritt des Kabinetts Wirth ist keine Veranlassung. Es kann sich bei der Erweiterung der Regierung vielmehr nur um eine Umbildung des Kabinetts Wirth handeln.

2. Bevor die Umbildung der Regierung vorgenommen wird, muß eine Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erzielt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratischen republikanischen Staatsform und zu den zum Schutze der Republik zu ergreifenden Maßnahmen klarlegt.

3. Eine Entscheidung über die Umbildung der Regierung kann die Fraktion erst fällen, wenn das gesamte Steuerprogramm vorliegt und so die Gestaltung der vorgeschlagenen Besitzsteuer sowie der besonderen Leistung des Besitzes zu ersehen ist.

Die Fraktion beschloß weiter, an den Vorstand der U. S. P. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese bereit sei, in die Reichs- und die preußische Regierung einzutreten.

Auch wir halten die Verhandlungen von Parteileitung zu Parteileitung für den in dieser Stunde dringend notwendigen Weg, um alle geeigneten Versuche zu erschöpfen, die U. S. P. zur Beteiligung an der Regierung im Reiche wie in Preußen zu gewinnen.

•

Unruhe rechts — Beifall links und in der Mitte

Berlin, 1. Oktober. Die gestrige politische Aussprache im Reichstag findet in der Berliner Morgenpresse ein lebhaftes Echo. Die Deutsche Tageszeitung urteilt, daß es dem Reichskanzler nur um einen Parlamentserfolg zu tun war, und als Gründe für die Ausnahmeverordnung nichts weiter anführen konnte, als demagogische Redeblüten. — Der Tag sagt, daß der Kanzler in „seiner sichtlichen Verlegenheit" schließlich vom Thema abgesprungen sei und der aufhorchenden Tribüne eine Milliardenvorlage für arme Kleinrentner und Arbeitslose ankündigte. — Nach dem Urteil der Täglichen Rundschau hätte der Reichskanzler dem innerpolitischen Ausgleich jedenfalls besser gedient, wenn er den vorläufigen Charakter seines Ausnahmeerlasses zugestanden und ein Wort der Versöhnung zu der Rechten gesprochen hätte. — Die Vossische Zeitung stellt eine Entspannung der innerpolitischen Lage fest und sieht darin den größten Erfolg der Regierung Wirth. — Das Berliner Tageblatt nennt die Feststellung des Kanzlers, daß man mit den Bayern nunmehr völlig ins Reine gekommen sei, erfreulich. — Der Vorwärts schreibt, daß der Reichskanzler in seiner Rede auch jenen keine Konzessionen machen konnte, die in der deutschen monarchistischen Partei noch immer ihre Schwesterpartei erblicken. — Auch die Freiheit stellt fest, daß die gegen die Deutschnationale Volkspartei gerichtete Rede Dr. Wirths ebenso die Politik der Deutschen Volkspartei getroffen habe.

•

Die Zentrumsfraktion für Wirth

Wie die Zentrumskorrespondenz mitteilt, hat die Aussprache der Zentrumsfraktion, die sich in mehrtägigen Verhandlungen mit der allgemeinen politischen Lage befaßte, in allen grundsätzlichen Fragen völlige Uebereinstimmung ergeben. Aufgetauchte Mißverständnisse wurden beseitigt. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde in folgenden einstimmig angenommenen Sätzen festgelegt:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages billigt die Politik des Reichskanzlers und spricht der Regierung ihr Vertrauen aus in der Ueberzeugung, daß nur ehrlicher Erfüllungswille unser Vaterland vor dem Schlimmsten retten kann, unterstützt sie die Reichsregierung in ihrem Bestreben, die durch den Versailler Gewaltfrieden und das Ultimatum dem deutschen Volke aufgezwungenen Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen. Als unerläßliche Voraussetzung der Gesundung unserer inner- und außenpolitischen Verhältnisse betrachtet sie eine starke und zielbewußte Politik der Mitte auf breitester Grundlage. In dem Schutze und der Pflege der christlichen Kulturideale erblickt sie nach wie vor ihre vornehmste Aufgabe.

•

Deutscher Reichstag

136. Sitzung, Freitag den 30. September, 12 Uhr

Nach Beantwortung einer Reihe kleiner Anfragen gibt der Reichsminister des Innern auf eine Frage des Abg. **Becker**, Oppeln (Soz.), in Uebereinstimmung mit der preußischen Regierung folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung wird das Gesetz, betreffend die Autonomie Oberschlesiens vom 27. November 1920, unter allen Umständen durchführen, so daß in jedem Falle die oberschlesische Bevölkerung selbst durch Abstimmung über die Bildung des Landes Oberschlesien entscheiden wird.

Das Gesetz betreffend die Verpflichtung zur Auskunft über militärfiskalische Gelder und zu deren Herausgabe wird in dritter Lesung angenommen, ebenso das Gesetz zur Verlängerung der Vorlage über die Abweichungen von dem Biersteuergesetz.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend den am 25. August 1921 unterzeichneten Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Abg. **Stöcker** (Komm.): Wie den Versailler Friedensvertrag, wie das Londoner Ultimatum, so lehnen wir auch den amerikanischen Friedensvertrag ab. Wir erheben öffentlich Protest gegen die grausame und brutale Willkürherrschaft des amerikanischen Großkapitals über alle Proletarier. Mögen unsre amerikanischen Klassengenossen ausharren in ihrem schweren Kampf gegen das Großkapital.

Damit schließt die Aussprache. Der Vertrag wird darauf in allen drei Lesungen gegen die Kommunisten angenommen.

Präsident **Löbe**: Ich möchte auch von dieser Stelle die Befriedigung darüber aussprechen, daß nunmehr der Weg geebnet ist, um die Streitfragen, die aus dem Kriege her noch einer Klärung bedürfen, durch einen entsprechenden Gedankenaustausch in einer für beide Teile befriedigenden Weise zu lösen. Ich spreche im Namen der übergroßen Mehrheit des Hauses, wenn ich der Erwartung Ausdruck gebe, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland, die durch den Weltkrieg eine Unterbrechung erfahren haben, für alle Zukunft dauernd ungetrübt sein mögen. (Lebhafter Beifall.)

Der Kampf um die Republik

Gemeinsam zur Beratung gestellt wird darauf der Antrag **Hergt** (Dnat. Vp.), der sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September richtet, ferner Anträge der Unabhängigen Sozialisten, betreffend die Durchkreuzung der Politik des Reichskanzlers durch Beamte und Offiziere sowie bezüglich des Schutzes der Republik, weiter Anträge der Kommunisten und Unabhängigen, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern und die Aufhebung der Volksgerichte in Bayern verlangen.

Abg. **Hergt** (Dnat. Vp.) begründet den deutschnationalen Antrag. Es hätte wohl jeder erwartet, daß der Reichskanzler bei der ersten Gelegenheit seine Absichten für die Zukunft hier enthüllt hätte. Die Regierung hätte etwa wie folgt vor den Reichstag treten müssen: „Wir sehen ein, daß wir uns übernommen haben. (Heiterkeit.) Wir wollen Garantien dafür geben, daß Bestrafung für alle die Gewalttaten erfolgt, die wir in so unermeßlicher Anzahl in den letzten fünf Wochen gesehen haben. Wir wollen Garantien dafür geben und daß die neue Verordnung in anderem Sinne angewendet wird." (Lachen links.) Die neue Verordnung ist in Wirklichkeit keine neue Verordnung. (Sehr richtig!) Der Wortlaut mag verschieden sein, der Zweck, der Geist ist derselbe. (Sehr wahr!) Deshalb ändert sich auch an unserer Stellung nichts. Wir stehen nach wie vor in der alten Kampfstellung zur Regierung. Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns dagegen wenden, daß man mit dieser Verordnung ein Ausnahmegesetz schuf, das keine Rechtsgrundlage besaß, das eine schwere Gefährdung für weite Kreise der Bevölkerung zur Folge haben mußte. Sie bedeutet einen Verstoß gegen den Artikel 9 der Verfassung: Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich, und gegen Artikel 18. Man muß sehr weit in der Geschichte zurückgehen, ehe man überhaupt auf Ausnahmegesetze stößt (Lachen links), die sich damit vergleichen lassen. Unser Präsident hat bei seinem Nachruf auf die gestorbenen Abgeordneten Ausführungen gemacht, die auf besonders tiefe Erkenntnis schließen ließen. (Abg. Adolf **Hoffmann** (Komm.): Wen's juckt, der kratze sich! — Heiterkeit.) Er hat in einer Weise Stellung genommen, als ob die Untersuchung bereits abgeschlossen sei. Wir stehen auf verfassungsmäßigem Boden. (Lachen links.) Nicht den Schatten eines Beweises hat man dafür erbracht, daß wir Propaganda zur Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen treiben. Wir protestieren weiter dagegen, daß uns irgendwelches Material an die Rockschöße gehängt wird, das Kreise kompromittiert, die ultrarechts stehen, noch rechts von uns. (Lachen links.) Der Reichskanzler selbst weiß doch, daß es Nationalisten gibt, mit denen wir im schärfsten Kampf stehen. Also nur nicht Rechtskunststückchen! (Schallende Heiterkeit links.) Das einmal erlassene Verbot konnte und mußte nur den Eindruck erwecken, daß man der Straße nachgab. Die Ausführungsbestimmungen sind leider zu spät gekommen, um diesen Eindruck abzuschwächen. Wenn überhaupt eine zweite Revolution in den letzten Wochen in Erscheinung getreten sein sollte, dann nur durch die Verordnung des Reichspräsidenten. (Widerspruch links.) Eine gewaltige Volkserhebung [illegible] haben wir erlebt. Wir sehen ein unglaubliches Bild von dem, was aus unserem deutschen Vaterlande in diesen fünf Wochen geworden ist. In Bayern herrschen nun einmal Ordnungszustände. Man mußte daher die Verordnung dort mit Recht als Erschütterung empfinden. Wochenlang mußten wir eine schwere Gefährdung der Reichseinheit sehen. Nun haben wir das Kompromiß. Der Reichskanzler ist herabgestiegen in die politische Arena und dort zum Parteikämpfer geworden. Nach dem Tode Erzbergers hätte er mit allen Parteien einen gemeinsamen Appell an das Volk richten müssen. Es schwebt ein Damoklesschwert über aller Versammlungsfreiheit und über der Presse. Daher weg mit dieser Verordnung! Wir stehen nun vor einer neuen Koalition. Schaffen Sie eine Grundlage, auf der endlich wieder ein gemeinsames Zusammenarbeiten zum Wohle unsres Vaterlandes möglich ist. (Beifall rechts. — Zischen links.)

Abg. **Dittmann** (U. Soz.): Nach Hergts Darstellung ist die Deutschnationale Volkspartei der reine Klub der Harmlosen. Eigentlich halten auch die Deutschnationalen Ausnahmegesetze für verwerflich. Bisher haben sie sie verteidigt. Wir nehmen Hergts Loyalitätsversicherungen nicht ernst. Ein raffiniertes System persönlicher Hetze in der deutschnationalen Presse und ihren Versammlungen schafft die nötige psychologische Stimmung für Orgesch und politische Morde. Die intellektuelle Urheberschaft der Deutschnationalen Partei ist auch bei der Ermordung Erzbergers nachzu[illegible]

Französische Arbeiter gegen den Krieg

Nantes, 30. September. Vor einer Fabrik in Nantes, in der Granaten hergestellt werden, hat gestern abend eine heftige kommunistische Demonstration stattgefunden. Die Demonstranten riefen „Nieder mit dem Krieg" und wollten in die Fabrik eindringen, um die Arbeiter zu verhindern, an der Munitionsherstellung weiter zu arbeiten. Gendarmerie mußte einschreiten, um die Ruhe wiederherzustellen.

Eine Schlacht mit englischen Arbeitslosen

London, 1. Oktober. In Leicester hat ein Zusammenstoß zwischen 600 Arbeitslosen und der Polizei stattgefunden. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. Zwölf Arbeitslose wurden verwundet und mehrere verhaftet.

Amerikas Arbeitslosenheer

Washington, 1. Oktober. Das Staatsamt gibt bekannt, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten vier Millionen beträgt.

Aus dem Reichstage

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 1. Oktober. Vom Wallothause wehen wieder die schwarzrotgoldenen Fahnen. Es ist Plenarsitzung, aber keine große Sitzung mehr wie gestern. Nur die Debatten, die gestern das Häuflein der 66 Deutschnationalen ganz klein gemacht hatten, wurden fortgesetzt. Um 10 Uhr teilte Präsident Löbe mit, daß der Untersuchungsausschuß für Oppau aus 8 Mitgliedern bestehen solle. Jede Fraktion stellt einen Vertreter. Die Interpellation der Deutschnationalen über den Stand der deutschen Valuta, mit der sie ihr Prestige durch Ablenkung zu retten suchten, wird in der geschäftsmäßigen Frist beantwortet werden.

Es wird dann mit der allgemeinen Aussprache das von den Kommunisten eingebrachte Amnestiegesetz verbunden. Es folgt die Fortsetzung der politischen Debatte. Für das Zentrum spricht der neue Zentrumsführer Abg. Marx, der mit warmen Worten die Stellung des Zentrums zum Reichskabinett darlegt. Wir stehen geschlossen hinter unserm Kanzler, hinter Dr. Wirth. Auch er rechnet dann mit den Deutschnationalen ab. Ihm folgt für die Volkspartei der Abg. Thiele, der eine, gelinde gesagt, langweilige Rede hält, die merkwürdigerweise sich nicht so scharf gegen rechts als gegen die Regierung Wirth wendet. Dann kommt die große Rede des Reichsministers des Innern, Gradnauer, der die Politik der Regierung in der Ausnahmegesetzgebung rechtfertigt. (Die Sitzung dauert fort.)

Gastwirtsangestelltenstreik in Berlin

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 1. Oktober. Der heutige Mittag bringt Berlin den Streik der Gastwirtsangestellten, der, wie sich in den Vormittagsstunden noch nicht völlig übersehen, aber doch voraussagen läßt, die sämtlichen Großbetriebe des Berliner Gastwirtschaftsgewerbes umfassen wird.

Berlin, 1. Oktober. Mittags 1 Uhr. Der Streik der Gastwirtsangestellten hat bereits einen sehr erheblichen Umfang angenommen. Alle Unternehmer, die den Schiedsspruch nicht anerkennen, werden vom Streik betroffen werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211001/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG